

Jahrgang 57, 2008, Heft 3 – Inhalt

<i>Interview</i>	<p>Menschenrechte – Fragen an Heiner Bielefeldt @ 2008 wird die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 60 Jahre alt. Was wurde erreicht in den vergangenen 60 Jahren, und in welchen Bereichen gab es Rückschläge? Interview mit Heiner Bielefeldt, Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte.</p>	301
<i>Aktuelle Analyse</i>	<p>Johannes Fritz, Welche Zukunft für das Kosovo? Ausgehend von der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 analysiert der Beitrag, wie weit die Souveränität der kosovarischen Selbstverwaltung tatsächlich reicht. Er stellt den bisher schleppend verlaufenden Prozess der internationalen Anerkennung dar und geht auf die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten des Kosovo ein.</p>	307
<i>Aktuelle Analyse</i>	<p>Petra Bendel, Die Rückführungsrichtlinie der Europäischen Union: eine Schande für Europa oder das kleinere Übel? Der Rat der EU, vertreten durch die Innen- und Justizminister der Länder, strebt ein neues „Europäisches Einwanderungs- und Asylabkommen“ an. Dessen Grundlage ist die seit drei Jahren verhandelte Richtlinie für die Rückführung illegal aufhältiger Einwanderer der EU-Kommission. Der Rat tendiert zu einer Verschärfung, während das Europäische Parlament, das sich als Wahrer der Menschenrechte und der Menschlichkeit sieht, dagegenhält. Ergebnis ist ein weltweit kritizierter Kompromiss.</p>	315
<i>Wirtschaftspolitische Kolumne</i>	<p>Hans-Hermann Hartwich, „Auf Kante genäht“ – Bundeshaushalt 2011 ohne Neuverschuldung?@ Ist die Zielsetzung doch eher „auf Kante genäht“? Die Diskussion darüber hat schon mit der Aufstellung des Bundeshaushalts für 2009 begonnen. Für diesen Etat hat Finanzminister Steinbrück eine derartige Charakterisierung zurückgewiesen. Aber wie wird es bis zur Haushaltsaufstellung in zwei Jahren weitergehen. Es gibt vielfältige Unwägbarkeiten auf diesem Weg.</p>	321
<i>Fachaufsatz</i>	<p>Stefan Hradil, Die Gesellschaften der Europäischen Union im Vergleich (2) Spätestens seit ihrer Erweiterung auf 27 Mitgliedsstaaten umfasst die Europäische Union sehr unterschiedliche Gesellschaften, die auch deutliche Entwicklungsabstände aufweisen. Diese Unterschiede und Abstände sind wesentlich größer als in der „alten“ EU der 15 Mitgliedsstaaten. Zum Verständnis des Geschehens in EU-Ländern ist es daher unerlässlich, die gesellschaftlichen Hintergründe und die Eigenarten der betreffenden Länder mit zu bedenken. Der Beitrag stellt hierzu nötige Informationen zusammen.</p>	329
<i>Fachaufsatz</i>	<p>Christian E. Rieck, Der Westen und Mercosur – Ein Engagement jenseits der Freihandelspolitik ist nötig Die internationale Aufwertung Brasiliens und anderer „Ankerländer“ ist das überfällige Anerkenntnis der neuen geopolitischen und geoökonomischen Verhältnisse in einer immer stärker multipolaren Welt. Bedeutende Schwellenländer spielen dabei in immer mehr Politikfeldern eine herausgehobene Rolle. In diesem Zusammenhang wäre ein demokratisches, rechtsstaatliches, friedliches, wirtschaftlich prosperierendes Lateinamerika ein natürlicher Partner Europas und Deutschlands.</p>	345
<i>Fachaufsatz</i>	<p>Roland Sturm, Das Westminster-Modell des Regierens heute Das Westminster-Modell ist eines der klassischen Modelle von Regierungssystemen. Es verbindet die Idee der Konkurrenzdemokratie mit der Vorstellung einer absoluten Parlamentsouveränität. Der Beitrag zeigt, wie und mit welchen Konsequenzen sich die Konventionen, die aufgrund der ungeschriebenen Verfassung die politische Realität des Westminster-Modells prägten, im letzten Jahrzehnt radikal verändert haben.</p>	357
<i>Fachaufsatz</i>	<p>Markus M. Müller, Wer schützt die Freiheit? Freiheit und Sicherheit stehen in einem Spannungsverhältnis. Vor allem in Momenten erhöhter sicherheitspolitischer Aktivität werden Freiheitsrechte typischerweise gefährdet. Dieser Beitrag versucht, solche Momente als „Zeitfenster“ im Sinne der Multiple-Streams-Theorie zu verstehen und Hypothesen für die daraus abzuleitenden Wirkungsmechanismen darzustellen.</p>	371

Jahrgang 57, 2008, Heft 3 – Inhalt

<i>Fachaufsatz</i>	<p>Claus Leggewie/Jan Schneider, Demokratie in Gefahr? Wie man Beteiligungs-kompetenz zurückerobert Schlägt der Ansehens- und Vertrauensverlust der politischen Parteien und der Parteipolitiker sowie der Rückgang der organisierten Partizipation in Legitimationszweifel an der Demokratie als Herrschafts- und Lebensform um, wird aus »Politikverdrossenheit« »Systemzweifel«? Sind Bürgerinnen und Bürger zu dem Schluss gelangt, dass die Demokratie nicht mehr die Kompetenz besitzt, in zentralen gesellschaftlichen Fragen wirksame und nachhaltige Problemlösungen zu entwickeln?</p>	363
<i>Fachaufsatz</i>	<p>Silke Masson, Private Lebensform und soziale Stellung – eine wechselseitige Abhängigkeit Private Lebensformen stehen in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis zu den sozialen Stellungen der Menschen. Bildung, Beruf und Einkommen beeinflussen Heirat und Familiengründung und umgekehrt. Vielen scheint es, als zerfiele in diesem Zusammenhang die Gesellschaft in gering Qualifizierte mit mehreren Kindern und niedrigem Einkommen einerseits, in hochqualifizierte und beruflich erfolgreiche, kinderlose Paare oder Alleinstehende andererseits. Inwieweit dies zutrifft, soll der Beitrag klären.</p>	397
<i>Kontrovers dokumentiert</i>	<p>Tim Griebel und Patrik Stör, „Risikotechnologie“ oder „Ökoenergie“? Im Sommer 2008 diskutiert Deutschland über den Ausstieg aus der Kernenergie@ Während Atomlobby, Energieunternehmen sowie Union und FDP vor dem Hintergrund steigender Energiepreise und verbindlichen Klimaschutzziele in der Kernenergie eine unverzichtbare Brückentechnologie sehen, halten SPD und Grüne diese für risikoreich und gefährlich. Die einen reden von billiger Ökoenergie, die anderen erinnern an „Tschernobyl“ und das ungelöste Müllproblem. Auf aktuelle Ereignisse verweisen beide Seiten.</p>	411
<i>Rechtsprechung kommentiert</i>	<p>Heiner Adamski, Kinderrechte – Bundesverfassungsgericht und UN-Kinderrechtskonvention@ Heute sind allein erziehende Mütter und gelegentlich auch Väter fast ein Normalfall - und auch die Patchworkfamilien sind Alltag. Gesetzgeber und Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht mussten sich mit diesen Entwicklungen und dem rechtlichen Schutz der Kinder befassen. Dabei wurde deutlich, dass der Schutz der Schwachen die vornehmste Aufgabe des Rechts ist, und dass Kinder oft die schwächsten Glieder der Gesellschaft sind.</p>	421
<i>Didaktische Praxis</i>	<p>Dirk Lange, Bürgerbewusstsein. Sinnbilder und Sinnbildungen in der Politischen Bildung Das „Bürgerbewusstsein“ bezeichnet die Gesamtheit der mentalen Vorstellungen von der politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit und dient der individuellen Orientierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Didaktik der Politischen Bildung kann die mentalen Modellierungen des Bürgerbewusstseins zum Ausgangspunkt ihrer Reflexion machen. Der Beitrag stellt die fachlichen Sinnbilder und Sinnbildungen des Bürgerbewusstseins dar und skizziert Aufgabenfelder, die sich der Didaktik eröffnen.</p>	431
<i>Das besondere Buch</i>	<p>Christina Holtz-Bacha, Was die Schlangenhändler aus der Politik machen@ Joe Klein, <i>Vom Ende der Politik. Wie Meinungsforschung und Wahlkampfstrategen die Demokratie ruinieren.</i> Wie amerikanisch ist diese Klage über die Beraterbranche als Totengräber der Politik? Schon seit dem ersten Bundestagswahlkampf im Jahr 1949 sind Berater für die Parteien tätig, und über die Jahre hat sich die Zahl der für die Politik angeheuerten Profis aus dem Verkaufsgeschäft erhöht. Sind wir von Verhältnissen wie bei den Kampagnen in den USA noch weit entfernt?</p>	441
<i>Rezensionen</i>	<p>Günter C. Behrmann: Georg Weißeno (Hrsg), Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat. Andreas Petrik: Michael May, Demokratiefähigkeit und Bürgerkompetenzen. Kompetenztheoretische und normative Grundlagen der politischen Bildung</p>	445 446